

Ottendorfer Zeitung

Lokal-Anzeiger für Ottendorf-Okrilla und Umgegend

Unterhaltungs- und Anzeigebblatt



Die „Ottendorfer Zeitung“ erscheint Dienstags, Donnerstags und Sonnabends.
Wagnis-Preis: Vierteljährlich 1,80 Mark, halbjährlich durch die Posten 2.— Mark.
Im Falle höherer Gewalt (Krieg od. sonst. ungewöhnlicher Störungen des Betriebes der Zeitung, der Lieferanten od. d. Beförderungs-Einrichtungen) hat der Verleger keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung od. auf Rückzahlung d. Bezugspreises.

Anzeigen-Preis: Die Kleinstmögliche Zeile oder deren Raum wird mit 25 Pfg., auf der ersten Seite mit 50 Pfg. berechnet.
Anzeigen werden an den Erscheinungstagen bis spätestens vormittags 10 Uhr in die Geschäftsstelle eingebracht.
Jeder Anspruch auf Nachzahlung, wenn der Anzeigen-Betrag durch Klage eingezogen werden muß, oder wenn der Auftraggeber in Konkurs gerät.

Verantwortlicher: Amt Hermsdorf b. Dr. Nr. 31.

Postfach-Konto: Leipzig Nr. 29/148.

Schriftleitung, Druck und Verlag: Hermann Kühle, Groß-Okrilla

Nummer 86

Freitag, den 25. Juli 1919.

18. Jahrgang.

Amtlicher Teil.

Bekanntmachung.

Am 1. August ds. Js. ist der

2. Termin Staatsgrundsteuer

4 Pfg. auf die Grundsteuer-Einheit — fällig und spätestens bis zum 14. August 1919 an die hiesige Ortssteuereinnahme (Gemeindeamt) abzuführen.

Nach Ablauf dieser Frist beginnt geordnetes Beitreibungsverfahren.

Ottendorf-Okrilla, am 24. Juli 1919.

Der Gemeindevorstand.

Kartoffelkarten-Ausgabe.

Die neuen Kartoffelkarten gelangen

heute Donnerstag, 24. Juli, abends von 7/6—1/2 7 Uhr wie üblich in der neuen Schule und Gasthof zum goldenen Ring zur Ausgabe. Markenbezugsausweisarten sind vorzuziehen. Die Karten sind in den Kartoffelverkaufsstellen von Reich, Konsum-Verein und Rattner spätestens bis diesen Sonnabend anzumelden.

Ottendorf-Okrilla, am 24. Juli 1919.

Der Gemeindevorstand.

Neuestes vom Tage.

Der Ausschuss zur Beratung der Vermögenswachststeuer hielt am Dienstag vor Beginn der Vollziehung eine letzte Sitzung ab, in der an den Reichsfinanzminister die Bitte gerichtet wurde, eine Ueberprüfung der gesamten Steuerbelastung zu geben, und zwar nicht allein eine Ueberprüfung des Bedarfs, sondern auch eine klare Darstellung von den Wegen, die zur Deckung der Ausgaben beschritten werden sollen. Minister Erzberger sagt die Erfüllung dieser Wünsche zu. Er kündigt Denkschriften an, nicht nur über den Finanzbedarf des Reiches, der Gliedstaaten und der Gemeinden, sondern auch über die Gesamtbelastung des Einkommens und Vermögens unter Ausschluß der Belastung durch die Vermögenswachststeuer. Die Frage, ob die Städte für die Vermögenswachststeuer und die Vermögensabgabe zusammenfallen, oder ob einer von ihnen auf den Jahresabschluss verlegt werden soll, wurde in der Sitzung nicht mehr entschieden.

Gestern fanden vor dem Weimarer Kriegsgericht die Verhandlungen gegen die Landesjäger statt, die seinerzeit mit dem Weimarer Untersuchungsgefängnis ausgebrochen waren, die Waffen entwarfen und den Angriff gegen das Schloss und die Regierung unternommen hatten. Der Anführer Schwarz wurde zu 15 Jahren Zuchthaus verurteilt. Zwei Leute, die geschossen hatten, erhielten je fünf Jahre Gefängnis, die anderen wurden zu langen Gefängnisstrafen verurteilt. Das Urteil ist noch nicht bestätigt, doch wird an der Verurteilung nicht gewandelt.

Die preussische Staatsregierung hat Verhandlungen mit dem Reich eingeleitet, um Ersatzansprüche beim Reich für die durch den Frieden für Preußen eingetretenen Schäden anzumelden.

Aus dem Saargebiet wird gemeldet, daß dort eine ungeheure Demoralisation unter der Bevölkerung Platz zu greifen beginnt. Demunziationen gegen deutsche Beamte und Beamter aus der Bevölkerung nehmen zu. Selbst die französischen Besatzungsbehörden sprechen ihren Abscheu über diese Haltung großer Teile der Bevölkerung aus.

Der Pariser Vertreter des sozialistischen „Daily Herald“ meldet, er habe von besonders gut unterrichteter Seite erfahren, daß der Plan der Alliierten, gegen Ungarn einen allgemeinen Vormarsch zu unternehmen, aufgegeben worden sei, da es unmöglich gewesen sei britische, amerikanische und französische Soldaten für diesen Kampf zu finden.

Aus Polen wird gemeldet, daß die Polen unter höchstem Druck versuchen, die deutschen Beamten zu zwingen, in polnische Dienste zu treten.

Der dänische Hanssen hat in einer Rede gesagt, daß Dänemark nicht beabsichtigt, die Beamten die abzutretenden Gebiets weiter zu behalten, sondern es wird sie einschließlich der Bekehrer aus den besetzten Gebieten ausweisen.

Vertikales und Sächsisches.

Ottendorf-Okrilla, 24. Juli 1919

Die vom 21. ds. Mts. bereits bekannt gemachte

Belieferung von Abschnitt 14 der roten Nährmittelliste B erfolgt mit 7 Würfel Kochfertiger Suppe; desgleichen Abschnitt 14 der grünen Nährmittelliste C mit 250 gr Teigwaren und 2 Würfel Kochfertiger Suppe.

Fleischversorgung in der Amtshauptmannschaft Dresden-N. einschl. der Stadt Radeberg. Für die Zeit vom 21.—27. Juli 1919 erhalten auf die Reichsfleischkarte Reihe „B“ im Blasewitzer und Köhlschönbauer Schloßhellenbezirk Personen über 6 Jahre auf die Reichsfleischmarken 1—10 150 gr Rind- oder Kalbfleisch oder Wurst, Personen unter 6 Jahren auf die Reichsfleischmarken 1—5 75 gr Rind- oder Kalbfleisch oder Wurst. Im Radeberger Schloßbezirk Personen über 6 Jahre auf die Reichsfleischmarken 1—10 75 gr Rind- oder Kalbfleisch oder Wurst und 75 gr Schweinefleisch, Personen bis zu 6 Jahren auf die Reichsfleischmarken 1—5 35 gr Rind- oder Kalbfleisch oder Wurst und 40 gr Schweinefleisch. Ein Anspruch auf eine bestimmte Sorte besteht nicht. Außerdem kommt auf Abschnitt 6 der Einheitskarte amerikanisches Schweinefleisch zur Verteilung und zwar an Personen über 6 Jahre 120 gr, an Personen unter 6 Jahren 60 gr. Bei der Belieferung ist der Abschnitt 8 vom Fleisch abzutrennen und auf dem Stammschnitt das Feld 6 mit Tinte oder Tintenstift durchzutreiben. Als Verkaufspreis an die Verbraucher sind festgelegt: für 120 gr 96 Pfg., für 60 gr 48 Pfg. Wegen Mangel an Kleingeld ist es dringend nötig, den zu zahlenden Betrag bereit zu halten.

Katastrophale Lage in der Kohlenversorgung. Beim Reichswirtschaftsministerium hat mit Vertretern der Reichs- und Landesbehörden eine Besprechung über die Kohlenlage stattgefunden, in der von deutscher Seite ein Bild der augenblicklichen Verhältnisse und der für den Winter zu erwartenden Versorgung gegeben wurde. Danach ist die Lage äußerst ernst. Die Eisenbahnen und Gaswerke haben bisher in diesem Jahre im Gegensatz zum Vorjahre keinerlei Bestände für den Winter ansammeln können, und auch für den Hausbrand ist die Beschaffung von Winterkohlen bisher nicht möglich gewesen. Die Folgen des gewaltigen Rückganges der Förderung und der Streiks in den Kohlenrevieren und im Bergbau werden darum erst im kommenden Winter in ihrer vollen Schwere auf dem deutschen Volke lasten, zumal die Aussichten auf eine demnächstige erhebliche Steigerung der Förderung gering sind. Hinzu kommt, daß bekanntlich der Friedensvertrag die Lieferung riesiger Kohlenmengen an die Entente vorzieht. Wir haben also für den Winter zu erwarten: in Stadt und Land eine bedeutend schlechtere Hausbrandlieferung als im Vorjahre, bedeutend schlechtere und ungleichmäßigere Versorgung der Gaswerke und der Elektrizitätswerke, Verringerung der Zufuhren an die Industrie in einem Maße, die einschneidende Arbeitslosigkeit und Verringerung der Erzeugung selbst wichtiger Industrien unvermeidlich erscheinen läßt. Es ist dringend nötig, daß auch die Deffenlichkeit über den Ernst der Lage sich klar wird.

(B. R.) Die Seeftemünder Fischhandels-Gesellschaft, mit Sitz in Berlin, ist in letzter Zeit an Kommunalverbände und private Firmen mit dem Vorschlag herangeraten, bei ihr Seeische zu bestellen. Sie beruft sich dabei ausdrücklich darauf, daß ihr von der Reichsregierung die Genehmigung zum Betriebe der Fische und zur Einfuhr aus dem Ausland erteilt sei. Die Angaben der Seeftemünder Fischhandels-Gesellschaft entsprechen nicht den Tatsachen. Die Gesellschaft ist gegenwärtig nicht in der Lage, etwa ausgegebene Bepellungen auszuführen.

Weitere Einschränkung des Sonntagsdienstes der Post. Der Sonntagsdienst wird, wie geschrieben wird, weiter eingeschränkt. Rünftig werden auch Unfallentschädigungen, Invaliden- und Hinterbliebenenbezüge sowie die Militärversorgungsbeträge nicht mehr an Sonntagen und allgemeinen Feiertagen gezahlt.

Königsbrück. Bereits seit vergangener Woche sind hier zwei Soldaten vom letzten Grenzfürer-Artillerie-Regiment mit der Rasse der vierten Batterie abgängig. Wohin sich die beiden flüchtigen Soldaten mit der mehr als 4000 Mark betragenden Batteriekasse gewendet haben, konnte bisher noch nicht ermittelt werden.

Dresden. Am Dienstag nachmittag gegen 1/2 1 Uhr war der Schornsteinfegermeister F. D. Auf dem Dache des Hauses Nürnberger Straße 33 mit dem Reinigen der Dachrinne beschäftigt, als er plötzlich infolge eines Fehltrittes vom Dache vier Stock hoch auf die Straße hinabfiel. Er erlag sofort seinen schweren Verletzungen.

Nach einer Bekanntmachung des Rates zu Dresden ist künftig jeder Abschluß eines Mietvertrages über Wohnräume Läden und Werkstätten vom Vermieter binnen einer Woche nach Abschluß des Vertrages dem Wohnungsamt anzuzeigen. Durch diese Bestimmung soll dem befürchteten Hinwärtreiben der Mietpreise entgegengetreten werden. Auch Untermietverträge über leere und möblierte Zimmer müssen gemeldet werden.

Was zahlt man heute? Dresden ist einer der teuersten Städte in bezug auf Nahrungsmittel. Während auswärts die Preise rasch fallen, halten sie sich in Dresden auf der Höhe. So werden in den Lebensmittelgeschäften noch heute für den Kaffee 20 bis 24 Mark gefordert, für Kakao noch 32 bis 36 Mark das Pfund. Von Butter gar nicht zu reden, für die noch einmal so viel gefordert wird als anderswo. In Chemnitz z. B. werden in den Zeitungen besser gerösteter Kaffee für 6,60 Mk. bis 11,50 Mk., Kakao 20 Mk., Reis 5 bis 6 Mk., feinste Blutwurst 6 Mk., feinste Leberwurst 8 Mk., echter schwarzer Tee 13 Mark das Pfund angezeigt. Aus Krimmitschau wird berichtet, daß im benachbarten Altenburger Land, das sonst durch scharfe Absperrungsmaßregeln kein Pfund Butter oder Quark nach Sachsen — ins „Ausland“ — gehen ließ und das in den letzten Tagen noch bezeichnenderweise die Ausfuhr oder den Verkauf von Rischen nach Sachsen untersagte, es jetzt marktfreies Speck und Schmalz zu verkaufen gibt. Durch Anzeigen in den Zeitungen der angrenzenden Städte Krimmitschau und Meerane wurde bekannt gemacht, daß in Gohrisch bei allen Fleischern und in den Buttergeschäften Speck und Schmalz marktfrei zum Preise von 14 Mark das Pfund zu haben sei. Was müssen die im Altenburger Land für Vorrat an diesen begehrten Artikeln haben, daß sie sogar davon an die sonst nach Altenburg hamstern gehenden Sachsen marktfrei abgeben können und diese sogar noch durch Anzeigen einladen.

Ein neuer Metallarbeiterstreik ist für Freitag hier angekündigt, wenn von den Arbeitgebern nicht bis Donnerstag nachmittag der von den Arbeitern geforderten Ausdehnung des Mitbestimmungsrechts auf Personaleinstellung, Verlesung und Gehaltsfragen zugestimmt wird. Die Arbeitgeber zeigen aber keine Neigung, weiter nachzugeben. Im Gegenteil in den Kreisen der Arbeitgeber herrscht die Stimmung vor, eher eine Ausdehnung der Arbeitereinstellung auf ganz Sachsen eintreten zu lassen, da sie sich von den Arbeitern nicht ins Unendliche terrorisieren lassen wollen. Die Mehrzahl der Betriebe ist durch die ungeheure Unkostenverteuerung sowieso kaum noch rentabel.

Kamen z. Das große Restaurations- und Ball-Lokal zum Schützenhaus ist am Sonntag einem Großfeuer zum Opfer gefallen und fast in seiner ganzen Ausdehnung bis auf die Umfassungsmauern vernichtet worden. Die Entstehungsurache des Feuers ist, wie zweifellos feststeht, Brandstiftung, ebenso die der Brände der vergangenen Wochen.

Wie bestimmt verlautet, dürfte Birna als Garnisonstadt in Zukunft nicht mehr in Frage kommen. Das bedeutet für die Stadt einen großen Nachteil, da die Kasernen noch nicht amortisiert sind und der Stadt eine bedeutende Schuldenlast bleibt.

Neustadt i. Sa. In wästen Szenen kam es hier bei der Abfahrt eines Zuges. Da die Fahrkarten vergriffen waren, stürmten die Fahrgäste die Bahnsteige und erkämpften sich Plätze in den Wagen.

Baun. Mit der Auflösung des Grenzschutzes scheint nunmehr hier begonnen zu werden. Sie soll bis zum 1. September erfolgen. Die meisten Mannschaften werden bereits am 15. August entlassen. Vom 1. September ab wird an der sächsisch-böhmischen Grenze nur Zolldienst sein.

Sohländ. Wegen des Streikes der Schulkinder wollte Kultusminister Bud mit Regierungsrat Dr. Neumann hier, um den Ursachen des Streikes nachzugehen. Nach einer eingehenden Besichtigung der örtlichen Verhältnisse, welche die Eltern als Grund zum Streik angeführt haben, fand eine gemeinsame Sitzung der Eltern und des Schulvorstandes unter Vorsitz des Ministers statt, die jedoch kein Ergebnis zeitigte. Vor dem Schöffengericht Schirgiswalde fand eine Reihe Verhandlungen als Verurteilung gegen erkrankte Strafbefehle in Sachen des Schulstreikes statt. Während ein Teil der Verurteilungen verlagert werden mußte, erhielten die übrigen Eltern Geldstrafe von 30 Mark oder 5 Tage Haft.